

Gleiche Schuld, ungleiches Schicksal

Über die gesamtdeutsche Verantwortungsgemeinschaft / Von Konrad Elmer

Deutschland haftet als Ganzes, hatte Kurt Schumacher, der erste Vorsitzende der Nachkriegs-SPD, immer wieder versichert. Sein Grundsatz geriet in den Jahren des Wirtschaftswunders allmählich in Vergessenheit. Im Westen griff eine Mentalität um sich, die sich von der Verantwortung für den Sozialismus im anderen Teil des Landes freisprach. Der Autor, Bundestagsabgeordneter der SPD, plädiert in seinem nachfolgenden Artikel für eine andere Sicht:

Kaum zwei Jahre nach dem Fall der Mauer regen sich im Westen Deutschlands Stimmen, die meinen, so könne es nicht weitergehen. Über hundert Milliarden jährlich für die deutsche Einheit wären selbst für ein so reiches Land wie die Bundesrepublik eine nicht durchzuhaltende Belastung. Die Diskussion um den Regierungssitz hat gezeigt, wie gering inzwischen die Zahl derer geworden ist, die zu Opfern zugunsten des Ostens bereit sind. Viele der jüngeren Westdeutschen äußern unverhohlen, sie hätten ebensogut ohne die Deutschen jenseits des „Eisernen Vorhangs“ weiterleben können. Zu allem Nationalen hätten sie keine Beziehung, sie seien Europäer, und es gäbe noch ärmere Regionen in Europa.

Die erste Steuererhöhung im Zuge der Einheit bringt die Gemüter in Wallung: Warum sollen wir im Westen für die Mißwirtschaft im Osten bluten? Es waren doch die Ostdeutschen selbst, die sich den „realen Sozialismus“ so lange gefallen ließen. Uns wurde auch nichts geschenkt, sondern wir haben uns unseren Wohlstand hart erarbeiten müssen. Die D-Mark und eine kräftige Anschubfinanzierung – mehr kann man von uns wirklich nicht erwarten. Jetzt sollen die „da drüben“ sehen, wie sie selber weiterkommen!

So oder ähnlich wird sich die Stimmung in Westdeutschland entwickeln, wenn es uns nicht gelingt, die Frage nach der Verantwortung für die ostdeutsche Misere grundsätzlicher zu stellen.

Woher, so ist zu fragen, kam der Stasi-Apparat, kam der Schießbefehl, den es nach Krenz gar nicht gegeben haben soll? Woher kam das geistige Klima, woher die Angst, welche die Grenzsoldaten auf Menschen schießen ließ? Hatten die Bürgerinnen und Bürger der DDR, abgesehen von den Möglichkeiten des Widerstands im kleinen, eine politische Alternative zu dem, was hier von Moskau aus entwickelt wurde? Und wäre diese Alternative auf demokratischem Wege erreichbar gewesen, ohne harte Nachteile in Kauf nehmen zu müssen? Helden, die für

***Das System ist
den Menschen von
Stalin und seinen
Nachfolgern
aufgezwungen
worden.***

Ihre Überzeugung ins Gefängnis gehen, sind nun einmal rar in Deutschland, im Osten wie im Westen. Friedrich Schorlemmer hat dies deutlich bekannt: In den schrecklichen Gefängnissen der DDR zu enden, waren wir trotz allem nicht bereit.

Natürlich gab es diese Möglichkeit. Ein gewisser Spielraum bleibt jedem Menschen. Er ist auch in einer Diktatur mitverantwortlich für das, was um ihn her geschieht. Aber die Größe der Schuld richtet sich zu-

gleich nach den Bedingungen, unter denen Menschen leben müssen. Diese waren im Osten andere als im Westen. Wohl bemerkt, für mich ist niemand im Osten unschuldig, der die 40 Jahre in Freiheit und nicht im Gefängnis verbracht hat. Auch ich trage Mitverantwortung für die Todschüsse an der Mauer. Aber diese Schuld wäre eine andere, wenn wir uns in einer freien und geheimen Wahl für dieses Stasi-System entschieden hätten. Es ist uns statt dessen gegen den Willen der Mehrheit von Stalin und seinen Nachfolgern aufgepreßt worden. Freilich, wir hatten weder den Mut noch die Kraft, es abzuschütteln, weil wir nach den Erfahrungen von 1953 zu feige waren, solches noch einmal zu riskieren. Jedoch hat auch Adenauer die sicherlich vagen Chancen zur Wiedervereinigung in Stalins Noten vom Frühjahr 1952 und die Angebote seiner Nachfolger im Januar 1955 nicht bis ins letzte ausgelotet. Es entsteht der Eindruck, mancher im Westen war sogar froh über den neuen Feind im Osten Deutschlands, den man trefflich an den Pranger stellen konnte, um sich der eigenen, schuldbeladenen Vergangenheit nicht stellen zu müssen.

Nach 1953 hofften wir auf Änderungen in den anderen Ostblockstaaten: zuerst in Ungarn, dann in Prag, danach in Danzig und dann endlich auch in Moskau. Erst als wir vermuten konnten, daß die russischen Panzer in den Kasernen bleiben würden, trauten wir uns wieder auf die Straße. Gewiß, die grundlegenden Veränderungen haben in Moskau stattgefunden, aber die kleine Revolution, den Termin zur Freiheit haben wir selbst bestimmt: Leipzig, 9. Oktober. Danach gab es kein Halten mehr.

Doch wir wollten nicht nur Freiheit, sondern auch Gerechtigkeit. Darum stellen wir die Frage: Wer ist schuld an dem Dilemma Ostdeutschlands? Wir im Osten sind es, ohne Zweifel. Aber wir sind es nicht allein. Es lebten nach dem Krieg die gleichen Deutschen in Ost und



Konrad Elmer, Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitbegründer der SPD (SDP) am 7. Oktober 1989 in Schwante

West, genauso gebrochen, mit der gleichen deutschen Mentalität, mit guter Berufsausbildung und den sprichwörtlichen, sekundären Tugenden von Ordnung, Fleiß und Pflichterfüllung. Wie wäre es den Deutschen im Westen ergangen und wie hätten sie sich verhalten, wenn Stalin weiter marschiert wäre? Hätte man Thüringen nicht aufgrund des Londoner Protokolls von 1944 gegen Westberlin getauscht, es wäre heute ein blühendes Land wie Baden-Württemberg. Was in Deutschland geschah, könnte man ein großes, menschenverachtendes

Sozialexperiment nennen: Wie würde sich die gleiche Bevölkerung über 40 Jahre unter extrem unterschiedlichen Bedingungen entwickeln? Darum auch die Leipziger Parole: Keine Experimente mehr!

Wir alle aus der DDR sind verantwortlich. Die wesentliche Schuld aber trägt Stalin zusammen mit den Vollstreckern seines Systems. Doch auch das kam nicht ohne Grund nach Ostdeutschland. Es war die bittere Folge des von Hitler angezettelten Krieges. Die entscheidende Verantwortung tragen darum jene, die Hitler bewußt oder doch ohne aus-

reichende Gegenwehr am Ende der zwanziger Jahre haben mächtig werden lassen. Der letztmögliche Zeitpunkt, da man das alles hätte stoppen können, waren die freien und geheimen Wahlen vor der Machtergreifung Hitlers. Hier hatte jeder Deutsche die Chance, Nein zu sagen. Hier gab es zum letzten Mal vor der Diktatur der Nationalsozialisten Alternativen, die hätten gewählt werden können, ohne den Kopf zu riskieren. Hier ist der Ort des eigentlichen Versagens des deutschen Vol-

Thüringen wäre heute ein so blühendes Land wie Baden- Württemberg.

kes, und folglich liegt auch hier die Hauptschuld an den Spätfolgen der vierzigjährigen Unterdrückung Ostdeutschlands mit all den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen in der Gegenwart.

Schuld ist nicht einfach auf später Geborene zu übertragen, dennoch gibt es eine Verantwortungsgemeinschaft der Generationen. Man kann nicht das Grundstück der Großeltern erben, ohne auch für die Hypotheken einstehen zu müssen. Und selbst wenn nichts zu erben war, hat doch jeder in Westdeutschland davon profitiert, daß er dort und nicht in Magdeburg oder Greifswald geboren und aufgewachsen ist. Alle haben davon profitiert, daß die von früheren Generationen geschaffene Infrastruktur trotz Kriegszerstörung noch so erhalten war, daß mit Hilfe des Marshall-Planes ein „Wirtschaftswunder“ möglich wurde.

Niemand kann von der vergangenen Generation das Positive übernehmen, ohne auch an den negativen Folgen ihres Handelns zu tragen. Die Hypotheken zu tilgen bedeutet gegenwärtig, in die eigene Tasche zu greifen und die Schäden von vierzig Jahren Diktatur in Ost-

deutschland beheben zu helfen. Alle, die infolge der *gemeinsamen deutschen Schuld* jahrzehntelang unter einer Zwangsherrschaft leben mußten, mit all den psychischen, sozialen und ökonomischen Folgen, dürfen in einer der Gerechtigkeit verpflichteten Gesellschaft nicht länger Bürger zweiter Klasse sein. Gleiche Lebensverhältnisse müssen für sie zu einer erlebbaren Perspektive werden. Das ist noch keine Entschädigung für vierzig Jahre erheblich geminderter Lebensqualität. Eine solche Wiedergutmachung soll hier auch nicht eingeklagt werden. Zu fordern ist jedoch eine möglichst baldige Gleichstellung mit jenen Deutschen und ihren Nachkommen, die nach 1945 trotz gleicher Schuldverstrickung auf der Sonnenseite der deutschen Geschichte landeten. Gleiche Renten für gleiche Berufe in Ost und West sind jetzt das Dringendste. Oder soll ausgerechnet die Generation, die es all die Jahre am schwersten hatte, vorher sterben?

Freilich verlangt ein solcher Prozeß, daß der Wohlstand in Westdeutschland für große Teile der Bevölkerung einige Jahre nicht in gewohntem Umfang wachsen kann. Denn natürlich dürfen aus finanzwirtschaftlichen Gründen die für Ostdeutschland nötigen Gelder nicht durch weitere Staatsverschuldung aufgebracht werden. Es wird also Steuererhöhungen geben. Voraussichtlich werden darum viele ihre persönlichen Finanzpläne ändern müssen. Sie werden das nur können und auch tun, wenn sie die tiefere Dimension der gemeinsamen Verantwortung, die hier angesprochen ist, erfassen. Nur dann werden sie zu wirklichen Opfern bereit sein. Nur dann wird eine wenig attraktive, aber notwendige Steuerpolitik durchsetzbar. Demokratie verträgt nur, was die Mehrheit des Volkes trägt.

Insofern wird Helmut Kohl von der Geschichte immer angelastet bleiben, daß er am Tag, als die Mauer fiel, nicht die Gunst der Stunde nutzte, um zugleich zu erwähnen, daß die Teilung nur durch schmerzhaftes, finanzielles Teilen zu überwinden ist. Damals hätte man ihm zugestimmt. Heute ist das alles sehr viel schwieriger geworden.

Es handelt sich hier um eine um

45 Jahre verschobene, den Westdeutschen damals zum Teil erspart gebliebene Reparationszahlung – eine Leistung, an der sich übrigens auch wir im Osten beteiligen. Höhere Steuern bezahlen auch wir. Gut wäre nur, wenn die besser Verdienenden in Ost und West zur Entlastung der Ärmeren weit mehr zu zahlen hätten.

Andererseits will ich nicht die von den Westdeutschen gezahlten Entschädigungen an die Überlebenden des Holocaust und an den Staat Israel vergessen. Zur Aufarbeitung dieses Teiles unserer Vergangenheit ist, wenn wir die Vorgänge in Ravensbrück betrachten, unsererseits in den neuen Bundesländern sehr viel nachzuholen.

Die Aufarbeitung der Schuld bezogen auf Stasi und Schießbefehl kann nach meiner Überzeugung besser

gelingen, als dies nach 1945 im Blick auf den deutschen Nationalsozialismus möglich war. Denn zu SED und Stasi war die Mehrheit der Bevölkerung Ostdeutschlands, wenn auch nicht immer äußerlich sichtbar, so doch innerlich, in Distanz geblieben. Diese Mehrheit wird sich

Jetzt ist die letzte große Chance, die Vergangenheit endlich aufzuarbeiten.

das Recht nehmen, die Vergangenheit, soweit es irgend geht, aufzuarbeiten. Das in den Bundestag fraktionsübergreifend eingebrachte Gesetz über Einsichtsmöglichkeiten in die eigene Stasi-Akte wird den notwendigen rechtlichen Rahmen liefern und den Prozeß beschleunigen. Eine solche Aufarbeitung der ostdeutschen Vergangenheit wird m. E. über die Schuldfrage unweigerlich zu einer gesamtdeutschen Aufarbeitung des Nationalsozialismus führen – einer Aufarbeitung, die nach

1945 kaum möglich war, weil die Mehrheit des deutschen Volkes eben nicht in Opposition zum „III. Reich“ gestanden hat.

Sehen wir die Misere Ostdeutschlands also nicht nur als ein finanzielles Problem, sondern zugleich als die vielleicht letzte große Chance, unsere Vergangenheit aufzuarbeiten, um sowohl uns selbst zu verstehen als auch von unseren Nachbarn besser verstanden zu werden und dadurch neue Zukunft zu gewinnen.

Carl Friedrich von Weizsäcker schreibt in „Wahrnehmung der Neuzeit“: „Deutschland ist bald der Spott, bald der Schrecken, und stets das Rätsel Europas. Es wird nicht zu erlösen und nicht zu überwinden sein, solange es nicht verstanden ist. Es kann von den anderen nicht verstanden werden, solange es sich selbst nicht versteht.“

Wenn wir den Blick über Deutschland hinaus richten, so sei zum Schluß gefragt: Könnte das durch die deutsche Einheit notwendige Begrenzen des Wohlstandswachstums in Deutschland nicht auch als der sowieso nötige Schritt verstanden werden, den wir gehen müssen, wenn wir unsere Welt nicht zugrunde richten wollen? Müssen wir nicht so, wie wir das Problem der einheitlichen Lebensverhältnisse in Deutschland lösen, bald, wenn nicht schon jetzt, ein ähnliches Programm für ganz Europa und die „Zwei-Drittel-Welt“ entwickeln? Ist es nicht sinnvoll, daß wir Deutschen bereits heute im eigenen Land darauf eingestimmt werden; was allen wohlhabenden Völkern bevorsteht: daß sie ihre Ansprüche so lange nicht weiterentwickeln, bis an jedem Ort der Welt ein menschenwürdiges, freies Dasein möglich ist? Die „Entwicklung neuer Formen der Selbstbeherrschung wird für die Zukunft unerlässlich sein“ (Carl Friedrich von Weizsäcker in „Deutlichkeit“). Ein solcher Horizont mag zur Zeit wohl leider noch die Mehrheit der Bevölkerung überfordern. Wir sollten uns jedoch schon jetzt bemühen, in den neuen Bundesländern wenigstens einige Auswüchse der westlichen Wohlstandsgesellschaft zu vermeiden.